

SCHWERPUNKTTHEMA MAI 2016 – WIRTSCHAFT UND FINANZEN



Doris Glahn (SPD)

Fraktionsvorsitzende *Doris Glahn*

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Haushaltsberatungen unter den Bedingungen des Zukunftsvertrages heißt, die städtischen Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten und gleichzeitig alle Möglichkeiten zu nutzen, um positive Impulse zu setzen und Zukunftsprojekte für unsere Stadt und die Ortsteile auf den Weg zu bringen. Dem für 2016 von der Verwaltung vorgelegten Haushalt konnte unsere Fraktion nicht zustimmen, da dieser für uns wichtige Projekte einfach nicht vorsieht. So sind z.B. keine Mittel zur Verbesserung des ÖPNV zwischen den Ortsteilen enthalten. Eine Verstärkung der Wirtschaftswerbung für das Gewerbegebiet Breiter Anger fehlt, ebenso wie Anreize für Familien. Über den Haushalt der Stadt Duderstadt für 2016 möchten wir Sie mit diesem Infobrief informieren.

1. HAUSHALT 2016

Der Haushaltsplan der Stadt weist für 2016 im Ergebnishaushalt Erträge und Aufwendungen in Höhe von rund 34 Mio. Euro aus. Durch den im Jahr 2014 geschlossenen Zukunftsvertrag mit dem Land Niedersachsen hat Duderstadt rund 10 Mio. EURO Entschuldungshilfe vom Land erhalten. Dieses Angebot wurde Kommunen und Städten gemacht, die so hoch verschuldet waren, dass sie, wie Duderstadt, aus eigener Kraft ihre Kredite nicht abbauen konnten. Damit verbunden ist die Auflage für 10 Jahre einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen.

Das Ergebnis der Haushaltsberatungen stellt die Weichen der Politik des gesamten Jahres. Umso unverständlicher ist es, dass sich die CDU Mehrheitsfraktion weder mit eigenen Vorschlägen noch mit Anträgen an den Beratungen beteiligt, sondern lediglich den Vorschlägen des Bürgermeisters folgt. Aktiv ist sie aber dann, wenn es darum geht die Vorschläge und Anträge der Opposition abzulehnen!

Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen wurden im Rat der Stadt seinerzeit Maßnahmen beschlossen, um Einsparungen oder Mehreinnahmen zu erzielen. Erneute Erhöhungen der Hundesteuer, der Parkgebühren aber auch Erhöhungen bei Grundsteuer und Gewerbesteuer konnten für 2016 abgewendet werden.

Aber nicht bei allen Maßnahmen wurden die Einsparziele erreicht. Insbesondere der Plan, einen Abwasserzweckverband zu gründen wurde vom Bürgermeister noch nicht umgesetzt. Ein Plan, der schon seit mehreren Jahren diskutiert wird. Dabei wäre so eine jährliche Ersparnis von rund 150.000 EURO für den Haushalt zu erreichen. Aus diesem Grund werden wir als SPD Fraktion verstärkt darauf dringen, dass dieser Punkt endlich ernsthaft begonnen und um-



gesetzt wird. Dieses Geld wäre z.B. sehr gut in Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung zu investieren!

Durch den von der Verwaltung nicht berücksichtigten zusätzlichen Bedarf an

Kinderbetreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren, waren zusätzliche Mittel zur Schaffung weiterer Krippenplätze vorzusehen. Unseres Erachtens war es absehbar, dass ein höherer Bedarf an Krippenplätzen besteht, die vorhandenen 75 Plätze in der Stadt waren stets ausgebucht und es gab lange Anmelde Listen. Inzwischen steht fest, dass 38 zusätzliche Plätze benötigt werden, die voraussichtlich in Nesselröden und Fuhrbach eingerichtet werden.

Eine Erhöhung der Mittel für unser Tierheim wurde von unserer Fraktion beantragt. Die Betreuung von Fundtieren ist eine kommunale Pflichtaufgabe, unser Tierheim muss finanziell so ausgestattet werden, dass es diese Aufgabe erfüllen kann. Bundesweit haben viele Tierheime große finanzielle Sorgen und können die Betreuung der Tiere kaum noch sicherstellen. Mit der jetzt beschlossenen Erhöhung der Fundtierpauschale ist ein erster Schritt zur Zukunftssicherung des Tierheimes getan.

Unsere weiteren Anträge zum Haushalt wurden von der Mehrheit im Stadtrat ohne Diskussion abgelehnt, darüber haben wir in der Aprilausgabe bereits berichtet.

Hierzu: SPD Antrag Februar 2016: „Haushalt 2016“



Bundespolizei

Wiederholt haben wir eine effektive Wirtschaftsförderung in Duderstadt angemahnt. Daher begrüßen wir ausdrücklich den Vorstoß unseres Bundestagsabgeordneten Thomas Oppermann, der sich für eine personelle Verstärkung der Bundespolizei in Duderstadt einsetzt. Diese Maßnahme wird, so sie denn realisiert wird, für die ganze Stadt positive Impulse setzen. Mit zusätzlichen Arbeitsplätzen in und um die Bundespolizei kommt Kaufkraft in die Stadt. Es bedeutet auch, dass wir die Ausweisung neuer Baugebiete endlich forcieren müssen, dieses Thema kommt leider seit Jahren kaum voran. Die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen in Krippen und Kindertagesstätten wird durch diese Maßnahme voraussichtlich steigen, so dass wir in diesem Bereich dringend eine verlässliche Bedarfsplanung brauchen. Die richtige Idee, um dem demografischen Wandel in Duderstadt entgegenzusteuern!



Alle SPD Anträge auf:
www.spd-duderstadt.de und
www.doris-glahn.de

2. INVESTITIONSPLAN

Der Investitionsplan enthält die geplanten Investitionen des laufenden und der kommenden Jahre und ist Bestandteil der Haushaltsberatungen. Im aktuellen Investitionsplan liegt der Schwerpunkt in diesem und dem kommenden Jahr auf die Städtebauförderung sowie auf das Dorfentwicklungsprogramm der 6 Ortsteile, die in dem Förderprogramm aufgenommen sind. Die Sanierung des Stadthauses schlägt mit 420.000 EURO zu Buche, die dringend notwendige Modernisierung der Eichsfeldhalle dagegen wurde, trotz gegenteiliger Beschlüsse, auf Eis gelegt. Damit ist der Ausbau zu

einem multifunktionellen Kulturzentrum in weite Ferne gerückt.

Die Feuerwehren werden ebenfalls berücksichtigt, z.B. die Feuerwehrgerätehäuser in Mingerode und Westerode. Nachdem wir die Erarbeitung eines Feuerwehrkonzeptes beantragt hatten, wurde dieses im letzten Jahr endlich verabschiedet. Höchste Zeit, denn laut Konzept sind 10 der 15 Feuerwehrhäuser nicht oder nur bedingt bedarfsgerecht ausgestattet! Die SPD fordert eine kontinuierliche Umsetzung der überfälligen Sanierungen, auch bei den Fahrzeugen stehen in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen an.

Hierzu SPD Antrag März 2013: „Feuerwehrkonzept“

3. ABWASSERGEBÜHREN VERSICKERN IM HAUSHALT



Der Rat der Stadt entscheidet über die Höhe der Abwassergebühr. Diese muss kostendeckend sein, Überschüsse dürfen dabei nicht erzielt werden. Bei der Kalkulation der Gebühren sind uns erhebliche Ungereimtheiten aufgefallen, die wir vergeblich vor der Entscheidung über die Abwassergebühr vom Bürgermeister geklärt haben wollten. Dieses wurde in der Ratssitzung mit der

CDU Mehrheit abgelehnt und die Gebühr festgelegt. Wir halten diese Entscheidung für sehr fraglich und haben die Kommunalaufsicht eingeschaltet. Denn obwohl die Stadt für die Aufgabe der Abwasserbeseitigung keine Gewinne erzielen darf, werden im Haushalt in den Jahren 2011–2013 rund 1,7 Millionen Euro Überschuss ausgewiesen! Neben der Höhe des kalkulatorischen Zinssatzes und der Personalkosten geht es um die Zuordnung von Kosten auf die Straßenentwässerung, die nicht von den Privathaushalten sondern von der Stadt zu finanzieren ist. Diese Punkte gehören u. E. dringend auf den Prüfstand. Wir bestehen auf eine transparente, korrekte Zuordnung der Kosten. Kostensenkungspotenziale zugunsten der Bürgerinnen und Bürger müssen gebührenmindernd genutzt werden. Auf das Ergebnis der Prüfung durch die Kommunalaufsicht darf man gespannt sein, wir werden weiter berichten.

Hierzu SPD Antrag Februar 2016: „Abwassergebühren“

4. TALWIESE

Finanzielle Mittel stehen zur Verfügung, Ideen liegen auf dem Tisch: Der Ideenwettbewerb unter den Jugendlichen zur Jugendfreizeitanlage Talwiese ist abgeschlossen. Der schrittweisen Umsetzung der Vorschläge der Jugendlichen steht nichts mehr im Weg. Unser Ziel ist, dass mit den ersten Maßnahmen noch in 2016 begonnen wird. Da ein Beachvolleyballplatz die Hitliste der Jugendlichen anführt, wollen wir dieses Projekt als erstes umsetzen, ebenso eine Grillhütte. Gespräche mit Institutionen, die Jugendliche beim Bau und der Umsetzung beteiligen möchten, hat unsere Fraktion bereits geführt. Wir sind davon überzeugt, dass diese Beteiligung der richtige Weg ist damit das Projekt nicht nur „für“ sondern aktiv „mit“ unseren Jugendlichen ein Erfolg wird. Die Pläne dürfen nicht wieder jahrelang in der Schublade verschwinden. Jetzt sind alle politisch Verantwortlichen in der Pflicht!



wollen wir dieses Projekt als erstes umsetzen, ebenso eine Grillhütte. Gespräche mit Institutionen, die Jugendliche beim Bau und der Umsetzung beteiligen möchten, hat unsere Fraktion bereits geführt. Wir sind davon überzeugt, dass diese Beteiligung der richtige Weg ist damit das Projekt nicht nur „für“ sondern aktiv „mit“ unseren Jugendlichen ein Erfolg wird. Die Pläne dürfen nicht wieder jahrelang in der Schublade verschwinden. Jetzt sind alle politisch Verantwortlichen in der Pflicht!